

Anzeigen

Churches – States – Nations. In the Enlightenment and in the Nineteenth Century. Eglises – états – nations. A l'époque des Lumières et au XIXe siècle. Hrsg. von Mirosław Filipowicz. (Proceedings of the Commission Internationale d'Histoire Ecclésiastique Comparée, Teil 4.) Verlag Instytut Europy Środkowo-Wschodniej. Lublin 2000. 273 S. – Der Band dokumentiert die Vorträge der Sektion IV des CIEHC-Kongresses in Lublin vom 3. bis 6. September 1996 mit dem Schwerpunktthema Geschichte des Christentums im 19. Jh. Das Spektrum der Themen und methodischen Ansätze ist extrem breit. Leider fehlt eine ausführliche systematische Einleitung. Fünf Themenschwerpunkte werden behandelt: die Einstellung politischer und kirchlicher Eliten gegenüber der Aufklärung, neue Tendenzen im westeuropäischen Christentum des 19. Jhs., das Beispiel Polen als ostmitteleuropäisches Pendant sowie die religiösen und politischen Bestrebungen im 19. und beginnenden 20. Jh. im Zarenreich einerseits und in der Habsburgermonarchie andererseits. Die insgesamt 33 kurzen Aufsätze können jeweils nur Schlaglichter werfen. Dennoch sind sie selbst dort z.T. anregend, wo man meint, die Forschung habe bereits sehr viel ausgeleuchtet; dies gilt auch für Martin Schulze Wessels Beitrag über den Kulturkampf im Kontext der preußisch-russischen Beziehungen. Auch werden Desiderate markiert und neue Aufgaben formuliert, so bei Magdalena Ślusarska, die auf die Bedeutung der Modelle, der Leitbilder hinweist, die man vom Bischof, vom Seelsorger und von der Pfarrei in der Aufklärung entworfen hat, oder bei Václav Babicka in seinem knappen Abriss über die Gründung von Vereinen der katholischen Intelligenz in Böhmen nach dem Vaticanum I. Nicht zuletzt gibt es aufschlußreiche Fallstudien wie die von Stanisław Janeczke, der in seinem Beitrag über die polnische philosophische Kultur Beziehungen und Eigenständigkeit der „katholischen Aufklärung“ in Polen herausarbeitet, oder von Jean-Marie Mayeur über den liberalen Katholiken Anatole Leroy-Beaulieu. Andere Beiträge freilich bleiben selbst hinter dem Informationsgehalt von Lexikonartikeln zurück, so der von Ondrej Bastl über die Religionspolitik der Habsburgermonarchie in der zweiten Hälfte des 18. Jhs. Auch die Diskussion wird dokumentiert, aber leider auf sehr unbefriedigende Weise, nämlich durch bloße Aufzählung der angeschnittenen Themen und der Diskutanten.

Tübingen

Rainer Bendel

Verwaltung und Verwaltungsrecht im Erneuerungsprozeß Osteuropas. Hrsg. von Otto Luchterhandt. (Osteuropaforschung. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, 44.) Berlin Verlag Arno Spitz. Berlin 2001. 415 S. – „Verfassungsrecht vergeht, Verwaltungsrecht besteht“: Kann das Bonmot des deutschen Staatsrechtlers Otto Mayer für die Transformationsländer Mittel- und Osteuropas Gültigkeit beanspruchen? Darüber wurde in elf Referaten auf einer im Sommer 1998 in Baden-Baden abgehaltenen Tagung der Fachgruppe Recht der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde diskutiert. In der Tat standen in dem umfassenden Prozeß der Rechtsschöpfung und Rechtserneuerung seit 1989 Verfassungs-, Zivil- und Wirtschaftsrecht zunächst eindeutig im Vordergrund. Mit dem nahenden EU-Beitritt hat sich jedoch zunehmend die Erkenntnis durchgesetzt, daß es einer modernen und leistungsstarken Verwaltung bedarf, um Richtlinien und Fördermittel aus Brüssel adäquat umsetzen zu können. Daß sich insbesondere Polen und Ungarn bei diesem Übergang leichter tun als Staaten in Südosteuropa oder Osteuropa führt Otto Luchterhandt auf die unterschiedliche Ausgangssituation zurück: In Ostmitteleuropa habe das Verwaltungsrecht bereits vor dem Zweiten Weltkrieg auf einem beachtlichen Niveau gestanden. Neben der rechtshistorischen Tradition und dem Modernisierungsstreben im Zuge der EU-Erweiterung kommt schließlich ein dritter Faktor ins Spiel: Herbert Küpper kann am Beispiel der ungarischen kommunalen Selbstverwaltung zeigen, daß mit der politischen Wende in Mittel- und Osteuropa das Streben nach Demokratisierung und lokaler Autonomie entscheidend zur Überwindung des kommunistischen Zentralismus beigetragen hat. Ohne die zweifellos noch vorhandenen Schwierigkeiten zu verschweigen, zeichnen die Beiträge des Sammelbandes für Ostmitteleuropa insgesamt ein optimistisches Bild.

Berlin

Stephanie Zloch